

THEMA EUROPA



Die Zukunft der europäischen Industrie

Von den SPD-Abgeordneten
im Europäischen Parlament



**Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Europas (SPE)**

WEITERE INFORMATIONEN
ZUM THEMA ERHALTEN SIE BEI:

Büro der SPD-Abgeordneten
im Europäischen Parlament
Rue Wiertz
ASP 12 G 209
B - 1047 Brüssel

Tel.: 0032-2-284-36 65
Fax: 0032-2-284-49 22

e-Mail: psedelegde@europarl.eu.int

Herausgegeben von den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag UDL 50, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: 030 / 227 783 03, Fax: 030 / 227 768 57, e-mail: psedelegde@europarl.eu.int, internet: <http://www.spd-europa.de> **Redaktion, Koordination und Herstellung:** Helmut Schmidt Verlagsservice GmbH, Burg Sahr, 53505 Kirchsahr **Layout:** A. Bendzko, Hamburg **Fotos, Grafiken, Illustrationen:** Airbus SAS, Audiovisual Library der Europäischen Kommission, BASF, A. Bendzko, BMW, CMA, Deutsche Shell AG, Deutsche Telekom AG, dpa, GLOBUS Infografik, HOCHTIEF AG, HSV-Archiv, Max-Planck-Gesellschaft, Burkhard Mohr, Renk AG, Brigitte Schneider, Siemens AG, Thyssen Krupp AG, Trigema, Verband der Deutschen Möbelindustrie, Vestas Deutschland GmbH, **Titelmontage:** d-zko, Hamburg **Druck:** Courir-Druck GmbH, Bonn **Versandadresse:** Helmut Schmidt Verlagsservice GmbH, Burg Sahr, 53505 Kirchsahr, Fax: 02643-24 67, e-mail: hsvverlag@aol.com



INHALT

VORWORT	5
1. INDUSTRIE IN EUROPA	7
1.1. Wo steht die europäische Industrie?	7
1.2. Eine europäische Erfolgsgeschichte - Beispiel Airbus	10
1.3. Internationale Herausforderungen - Beispiel Textilindustrie	11
1.4. Neue Mitbewerber - Beispiel China	13
2. DIE WIRTSCHAFTS- UND INDUSTRIEPOLITIK DER EU	15
2.1. Die Lissabon-Strategie	15
2.2. Eine moderne europäische Industriepolitik	18
2.3. Bessere Rechtssetzung	19
3. EUROPA BRAUCHT EINE STARKE ARBEITNEHMERSCHAFT	21
3.1. Die Arbeitnehmerschaft und der industrielle Wandel	21
3.2. Arbeitnehmerrechte in der EU	21
4. WIR BRAUCHEN EINE GEMEINSAME STEUERPOLITIK	24
4.1. Steuerliche Anreize für Unternehmensverlagerungen	24
4.2. Die Situation in Deutschland im europäischen Vergleich	26
5. WIR MÜSSEN AUF MEHR INNOVATIONEN IN EUROPA SETZEN	28
5.1. Innovationen als Zukunftschance für die europäische Industrie	28
5.2. Forschungsförderung durch die EU	29
5.3. Ein Aktionsplan für innovative Umwelttechnologien	30
6. MODERNE INDUSTRIEPOLITIK: BEISPIEL SEKTORSPEZIFISCHE INITIATIVEN	32
6.1. Beispiel Schiffsbau - LeaderSHIP 2015	32
6.2. Beispiel Automobilindustrie - CARS21	33
7. EUROPA FÖRDERT DIE KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN	35
7.1. Direkte KMU-Förderung	35
7.2. Indirekte KMU-Förderung	36
7.3. Informationsquellen für KMU	37
8. WIR MÜSSEN DEN WANDEL GESTALTEN	38



12/2005

THEMA EUROPA: Die Zukunft der europäischen Industrie

Unter Mitarbeit von Helge Jordan. Für die zahlreichen inhaltlichen Arbeiten und Anregungen danken wir Beatrice Zaremba, Dr. Jan Kunz und Heinrich Wollny.



VORWORT



„Die Industrie ist nach wie vor ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft, ohne das wir unseren Lebensstandard unmöglich halten können.“

Das Europäische Parlament
in Straßburg

Liebe Leserinnen und Leser,

wir brauchen eine vitale Industrie, um unseren Wohlstand und unser solidarisches Sozialmodell in einer sich immer schneller wandelnden Welt zu sichern. Daher ist die europäische Volkswirtschaft auch in Zukunft von der Dynamik in diesem Wirtschaftssektor abhängig, wobei die Industrie zunehmend enger mit dem Dienstleistungssektor verzahnt sein wird, zu dessen Entwicklung sie beiträgt.

Es gibt viele ermutigende Fortschritte bei der industriellen Modernisierung. Diese finden sich vor allem im Umweltbereich und auf bestimmten technologischen Gebieten,

wie etwa bei der Energieeffizienz. Dennoch steht die europäische Industrie vor großen Herausforderungen. Da ist zum einen der immer rascher voranschreitende technische Fortschritt und der Mangel an entsprechend qualifizierten Kräften. Andererseits sind die Erwartungen der Menschen an Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz gestiegen. Darüber hinaus nimmt die Zahl der Konkurrenten im globalen Wettbewerb stetig zu. Vor diesem Hintergrund wird immer häufiger die Befürchtung geäußert, dass die europäischen Unternehmen früher oder später dazu übergehen werden, große Teile der Industrieproduktion in Länder mit einem



niedrigeren Kostenniveau und einem weniger strengen Regelungsumfeld zu verlagern.

Zwei Fragen sind in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Erstens: stimmt diese Annahme? Und zweitens: was müssen wir tun, damit Unternehmen innerhalb der Europäischen Union (EU) investieren und Arbeitsplätze schaffen? Den Menschen in Europa kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu: ihr Wissen und ihre Qualifikationen sind der wichtigste „Rohstoff“ der EU in der Zukunft. Diesen Wettbewerbsvorteil müssen wir weiter ausbauen. Dies gilt übrigens nicht nur für den industriellen Sektor, sondern für alle Bereiche der Wirtschaft. Der Strukturwandel ist unvermeidlich. Die De-Industrialisierung ist

es nicht. Die Europäische Union bietet viele Chancen für die Industrie, die nicht unterschätzt werden sollten. Mit dem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt und der Währungsunion wurden bereits wichtige Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung gegeben. Diese Instrumente gilt es zu nutzen und wirkungsvoller einzusetzen, unter anderem durch eine aktive Industriepolitik. Darüber hinaus müssen wir aber auch über neue Ansätze nachdenken.

Dieses Themenheft Europa zeigt, wo Europas Industrie steht, wo ihre Chancen liegen und was die EU bereits tut und noch tun kann, um diese Chancen zu nutzen. Den kleinen und mittleren Unternehmen kommt dabei eine besondere Rolle zu.





1. INDUSTRIE IN EUROPA

1.1. Wo steht die europäische Industrie?

Der Anteil der Industrie an der europäischen Wirtschaft geht seit Jahren zurück. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Wirtschaftsleistung der EU stieg von 52% im Jahre 1970 auf 72% im Jahre 2004, während der Anteil des verarbeitenden Gewerbes im selben Zeitraum von 30% auf 18% schrumpfte. Diese Entwicklung ist einem strukturellen Wandel geschuldet, der in allen westlichen Industrieländern seit dem Ende der 50er Jahre festzustellen ist. Seit dieser Zeit geht der Anteil der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung stetig zurück, während die Beschäftigung im Dienstleistungssektor kontinuierlich zugenommen hat.

Diese Entwicklung hat Viele in Wirtschaft, Politik und Medien zu der Ansicht verleitet, in einer wissensbasierten Wirtschaft und einer Informations- und Dienstleistungsgesellschaft spiele das verarbeitende Gewerbe nur noch eine untergeordnete Rolle. Dies hat in der Vergangenheit zu einer Verschiebung der Prioritäten geführt und dazu, dass der europäischen Industrie oft nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Das muss sich ändern.

Die Industrie ist nach wie vor ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft, ohne das wir unseren Lebensstandard unmöglich halten können. Vereinfacht gesagt: ohne Industrie benötigt auch keiner die vielen Dienstleistungen. Gleichzeitig braucht



Das Wissen und die Qualifikation ihrer Menschen sind die wichtigsten „Rohstoffe“ der Europäischen Union in der Zukunft: Industrielandschaft der BASF in Ludwigshafen.



eine erfolgreiche Industrie die Wissensgesellschaft.

Der Mittelstand ist das Rückgrat der europäischen Industrie

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der europäischen Industrie (siehe auch S. 35). Auf sie entfallen rund zwei Drittel aller Arbeitsplätze und 60% der gesamten Wertschöpfung. Sie fördern die Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Zahlreiche europäische KMU sind führende Unternehmen auf den Nischenmärkten der Welt. Die europäischen KMU erzielen 13% ihres Umsatzes im Exportgeschäft.

Neue Organisationsformen, bei denen Großunternehmen oft mit einem EU-weiten Netz von Zulieferern und Unterauftragnehmern arbeiten, haben die Bedeutung der KMU gestärkt. Die Leistung von Großunternehmen hängt in wachsendem Maße von der Wettbewerbsfähigkeit ihrer kleinen und mittleren Unterauftragnehmer ab, die wiederum auf wirtschaftlich gesunde größere Partner angewiesen sind.

Innovative „Unternehmenscluster“, also Konzentrationen von Unternehmen einer

bestimmten Branche sowie die dieser Branche zugehörigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen, schöpfen ihre Wettbewerbsfähigkeit zwar aus regionalen Quellen. Sie sind aber in zunehmendem Maße Teil transnationaler Wissens- und Produktionsnetze. Überwiegend sind KMU an solchen Clustern beteiligt. Die Cluster sind ein vitaler Bestandteil der europäischen Industrielandschaft und eine Quelle innovativer Ideen. Einige europäische Cluster, deren Unternehmen häufig spin-off der Hochschulen sind (also aus dem Forschungsbereich hervorgehen), spielen international in der ersten Liga mit. Dies gilt etwa für die Biotechnologie-Cluster um München und Stockholm oder den Textil-Cluster in Norditalien.

Expandierende Zulieferernetze schaffen zunehmend Verbindungen zwischen Unternehmen, die nicht verwandten Branchen angehören oder in verschiedenen Regionen und Ländern der EU ansässig sind. So können kleine oder mittlere Maschinenbauunternehmen in Ländern ohne Zugang zum Meer auf Aufträge von Schiffbauunternehmen an weit entfernten Orten angewiesen sein, während KMU der Bekleidungsindustrie hochwertige und kostengünstige Stoffe aus Rohmaterialien benötigen, die von der chemischen Industrie entwickelt werden.

EU-Unternehmen als Weltmarktführer in Schlüsselbranchen: Luft- und Raumfahrtindustrie (links: Montage des Airbus A 380 in Hamburg), Automobilindustrie (rechts: Rohbau des 1er BMW im Werk Regensburg)





Europäische Industrie dominiert im internationalen Handel

Die Europäische Industrie dominiert im internationalen Handel. Dies gilt, obwohl der Anteil der EU an den weltweiten Exporten durch neue Akteure auf dem Weltmarkt gesunken ist. Dieser Trend ist in Europa jedoch weniger ausgeprägt als in den USA oder Japan. Im Zeitraum von 1990 bis 2003 sank der Exportanteil der europäischen Industrie von 18% auf 17,6%, der der USA von 12,1% auf 10,8% und der Japans von 11,5% auf 8,1%. Zudem sind EU-Unternehmen in Schlüsselbranchen wie dem Automobilbau, der Luft- und Raumfahrtindustrie sowie in einigen Bereichen der Telekommunikationstechnik zu Weltmarktführern geworden. Damit hat die europäische Industrie eine solide Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt, die es zu halten und auszubauen gilt.

Angesichts des verschärften globalen Wettbewerbs haben die meisten Branchen der europäischen Industrie erhebliche Anstrengungen zur Modernisierung ihrer Produktionsstätten und zur Einführung neuer Organisationsformen unternommen. Dank neuer Anlageinvestitionen, eigener Forschung oder Kontakten mit der Wissenschaft haben neueste Erkenntnisse in weiten Teilen der Textil-, Nahrungsmittel- und Möbelindustrie, der Landwirtschaft und Fischerei, der Bauindustrie und der chemischen Industrie Verbreitung gefunden. Diese als Branchen mit niedriger oder mittlerer Technologieintensität eingestuft Industriezweige arbeiten heute alle mit innovativen und technologiebasierten Produktionsverfahren. Nur durch Know-How und modernste Produktionsanlagen und -techniken kann Europa der Konkurrenz aus Billiglohnländern Paroli bieten. Dies stellt hohe Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten. Facharbeiter werden



Auch Industrien mit traditionell niedriger oder mittlerer Technologieintensität arbeiten heute mit innovativen und technologiebasierten Produktionsverfahren, um der Konkurrenz aus Billiglohnländern Paroli bieten zu können: Nahrungsmittelproduktion (Käserei) im Allgäu, Möbelindustrie in Westfalen, Textilindustrie (Konfektion) bei Trigema im schwäbischen Burladingen.



mittlerweile nicht nur im Hochtechnologiebereich, sondern in vielen Branchen in Europa gesucht.

Bedenkliche Entwicklungen

Auch Bauindustrie und chemische Industrie stellen durch innovative Produktions- und Organisationsreformen hohe Anforderungen an die Qualifikation ihrer Beschäftigten. Das Warschauer Hochhausprojekt „Rondo 1“ von HOCHTIEF-Polska (links). In den Labors der BASF gehört höchste Qualität zum Standard (rechts).

Allerdings werden die öffentlichen Ausgaben für allgemeine und berufliche Bildung den geänderten Anforderungen in vielen EU-Mitgliedstaaten nicht gerecht. Sie haben seit 1995 (5,19%) bis 2002 (5,22%) stagniert. Deutschland landet bei nur 4,8%. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu den Zielen der Lissabon-Agenda für einen wissensbasierten Wirtschaftsraum in Europa (siehe Seite 16). Sie erklärt teilweise auch die Unausgeglichenheit vieler nationaler Arbeitsmärkte, bei denen sich Facharbeitermangel und hohe Langzeitarbeitslosigkeit direkt gegenüberstehen. Darüber hinaus gibt es Probleme im Bereich der Produktivität. Zwischen 1996 und 2000 lag

das Produktivitätswachstum des verarbeitenden Gewerbes mit 3,2% zum Beispiel deutlich unter dem Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) mit 5,5%.

1.2. Eine europäische Erfolgsgeschichte – Beispiel Airbus

Airbus ist das beste Beispiel dafür, dass industrielle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ein voller Erfolg sein kann. Diese Zusammenarbeit brachte den einzigen wirklichen europäischen Champion hervor.

Die Airbus-Erfolgsgeschichte begann vor 35 Jahren, als Frankreichs Aerospatiale und die Deutsche Airbus beschlossen, zusammen das erste Passagier-Großraumflugzeug für den Mittel- bis Langstreckenbereich zu bauen. Das spanische CASA und die British





Aerospace kamen 1974 und 1979 dazu. Seit 2001 ist Airbus eine Aktiengesellschaft. 80% der Aktion werden von der EADS (European Aeronautic Defence and Space Company), gehalten, die die französischen, deutschen und spanischen Interessen vertritt. Weitere 20% der Aktien sind im Besitz von BAE SYSTEMS, dem Nachfolger von British Aerospace.

Airbus ist das Ergebnis der Fusion der Kompetenzen der verschiedenen Mitgliedstaaten. Die Fertigung, Produktion und das Zusammenbringen der Bauteile der Flugzeuge erfolgen an 16 verschiedenen Stellen in Europa. Die Endmontage findet in Toulouse und Hamburg statt. Aber Airbus ist auch außerhalb der EU vertreten wie z.B. in Nordamerika, wo konstruktive Entwurfsarbeit (Design) geleistet wird sowie ein Teil des Vertriebs angesiedelt ist, aber auch in Japan, China und Russland. Airbus arbeitet insgesamt mit 1500 Lieferanten aus über 30 verschiedenen Ländern.

Von einer gewagten europäischen Entscheidung, die amerikanische Dominanz herauszufordern, ist Airbus zu einem der weltweit führenden Luftfahrzeughersteller aufgestiegen. Das Unternehmen hat weltweit 53.000 Angestellte und einen Umsatz von 20 Milliarden Euro (2004). Bei den Flugzeugbestellungen ist Airbus zurzeit die Nummer 1 in seiner Branche. So hat Airbus 2004 insgesamt 370 Bestellungen für neue Flugzeuge registriert, darunter viele für das größte und fortschrittlichste Passagierflugzeug der Welt, den A380. Die Bestellungen, die sich auf 28,8 Milliarden Euro summieren, entsprechen einem Brutto-Marktanteil von rund 57%.

Marktprognosen für den Zeitraum 2004-2023 zeigen, dass der weltweite Personenverkehr in der Luft pro Jahr um 5,3% und der Frachtverkehr um 5,9% steigen werden.

Dies bedeutet, dass 17.328 neue Personen- und Frachtflugzeuge gebraucht werden. Um diese Zahl zu erreichen, müssen im Jahresdurchschnitt 866 Flugzeuge ausgeliefert werden. Dieses Geschäft wird den Berechnungen nach auf 1,6 Billionen Euro geschätzt.



Ein Erfolgsmodell zum Nachahmen?

In der Wirtschaftspolitik wird die Frage, ob das Airbus-Rezept auch auf andere Branchen erfolgreich ausgeweitet werden kann, kontrovers diskutiert. Die Situation in der Flugzeugherstellerbranche kann sicherlich nicht ohne weiteres mit der in anderen Branchen gleichgesetzt werden. Es handelt sich um einen relativ überschaubaren Markt mit wenigen globalen Wettbewerbern.

1.3. Internationale Herausforderungen – Beispiel Textilindustrie

Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist ein Industriezweig, der eine Vielzahl verschiedener Produkte herstellt: Hightech-Synthetikgarne ebenso wie Wollstoffe; Baumwollbettwäsche ebenso wie Industriefilter; Windeln ebenso wie Modelle der Haute Couture. Die breite Palette der Erzeugnisse spiegelt die Vielfältigkeit der industriellen Verfahren, Unternehmen und Marktstrukturen wider.

Erfolgsstory der europäischen Industrie: Der Airbus A380. 16 Produktionsstandorte in Deutschland, England, Frankreich und Spanien, 1500 Lieferanten aus über 30 Ländern – ein Musterbeispiel industrieller Kooperation in Europa.



Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist ein wichtiger Bestandteil des Verarbeitenden Gewerbes in Europa. Im Jahr 2002 erwirtschafteten die rund 177.000 Unternehmen einen Umsatz von über 200 Milliarden Euro und beschäftigten mehr als 2 Millionen Menschen. Auf die Textil- und

Bekleidungsindustrie entfielen rund 4% der Wertschöpfung und 7% der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe (EU-15). Die EU ist damit einer der größten Textilersteller und -exporteure weltweit. Durch die EU-Erweiterung im Mai 2004 ist die Zahl der Beschäftigten sogar auf 2,7 Millionen gestiegen.

Heiß umkämpft: die Textilmärkte der Welt. Mit 2,7 Mio. Beschäftigten ist die EU einer der größten Textilersteller und -exporteure. Den Billigsektor wird Europa allerdings der asiatischen Konkurrenz überlassen müssen (oben: Textilproduktion in China). Hochwertige Textilien werden aber auch in Zukunft in Europa hergestellt werden (unten: vollautomatische Stickerei bei Trigema).



Der sich verschärfende globale Wettbewerb hat sich in den letzten Jahren auch in der Textilbranche bemerkbar gemacht und zu starken Veränderungen geführt. Die Hauptkonkurrenten sind asiatische Hersteller, unter denen China die wichtigste Rolle spielt. Die Abschaffung der Importbeschränkungen zum 1. Januar 2005 hat den Druck auf die Unternehmen noch wesentlich erhöht. Im Frühjahr 2005 forderten die europäischen Textilindustrie und zahlreiche EU-Mitgliedsländer, die im WTO-Beitrittsprotokoll für China vorgesehenen Schutzmechanismen zu aktivieren. Dem kam die EU im April 2005 nach und führte neue Importquoten ein. Diese waren jedoch bereits im Juni 2005 ausgeschöpft und Millionen von Kleidungsstücken lagerten in den Häfen der EU.

Es kam zu einer hitzigen Diskussion: an deren Ende stand ein Kompromiss, der es den europäischen Händlern ermöglichte, die – größtenteils bereits bezahlte – Ware aus den Häfen zu holen und diese Einfuhren teilweise auf die Quoten des Jahres 2006 anzurechnen.

Doch damit wurde nur eine akute Krise gelöst. Über kurz oder lang werden sich die europäischen Hersteller auf die Konkurrenz des Wettbewerbers China einstellen müssen. Da darf es keine Illusionen geben. Auf dem Sektor der billigen Textilien haben die Europäer keine Chance gegen asiatische Unternehmen. Die Zukunft dieses Industrie-





zweigs liegt, wie in so vielen Sektoren, im Bereich der Forschung und Entwicklung sowie der Qualität. Nur hochwertige, moderne und innovative Produkte werden in Europa in Zukunft konkurrenzfähig hergestellt werden können.

1.4. Neue Mitbewerber – Beispiel China

Chinas wirtschaftliche Entwicklung hat das globale Wirtschaftssystem in Bewegung gebracht. Viele Länder, vor allem in Asien, sind in den neunziger Jahren wirtschaftlich „erwacht“, aber keines sorgt die westliche Welt mehr als China. Der chinesische Anteil am Welthandel ist in den Jahren 1979 bis 2003 von 1% auf 6% gestiegen. China importiert vor allem Rohstoffe und Investitionsgüter und exportiert Fertigprodukte. Auf Grund seiner großen Bevölkerung und seines enorm hohen Wirtschaftswachstums bestimmt China immer mehr die Entwicklung der Globalisierung. Obwohl China gemessen am Pro-Kopf-Einkommen immer noch ein relativ armes Land ist, machen es die ca. 1,3 Milliarden Chinesen zur zweitgrößten Wirtschaft der Welt.

China entfaltet sein Potenzial

Lange Jahre hatte das chinesische Wirtschaftspotenzial weitestgehend abgeschotet vom Rest der Welt geruht. In den letzten 10 bis 15 Jahren aber begann China, sich wirtschaftlich zu öffnen. Im Jahr 2001 trat das Land der Welthandelsorganisation WTO bei. Entgegen vieler Befürchtungen hat die Entwicklung in China die alten Industrieländer nicht überrollt. Dies kann sich jedoch ändern.

Viele westliche Industrieunternehmen und -konzerne haben mittlerweile Produktionsstätten in China errichtet. Teilweise, um den

wachsenden chinesischen Markt besser bedienen zu können, teilweise als Verlagerung ihrer Standorte aus Europa und dem Rest der Welt. Damit einher ging automatisch ein enormer Export an industriellem Know-How. So lernen auch die chinesischen Unternehmen schnell die Methoden der modernen Fertigung. Dies führt dazu, dass ihre Produkte immer konkurrenzfähiger werden. Bei der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt wurden 2005 zum Beispiel zum ersten Mal chinesische Autos vorgestellt, die auf den westlichen Markt zielen. Aufgrund der niedrigen Fertigungskosten können diese spielend die Modelle westlicher Hersteller unterbieten. Noch erfüllen die Autos die wenigsten europäischen Anforderungen an Sicherheits- und Umweltstandards, aber das wird sicher nicht so bleiben.

*Noch werden Autos „made in China“ eher mit-
leidig belächelt. Sicherheitsanforderungen, Fahrzeugtechnik, Umweltstandards und Design treffen nicht den Geschmack westlicher Autofans. Aber Chinas Autobauer sind lernfähig: Präsentation des Sportcoupés CD (Chinese Dragon) der chinesischen Marke Geely auf der Frankfurter IAA 2005*



Bei ihrem wirtschaftlichen Aufstieg machen die Mitbewerber offenbar auch nicht vor dem Diebstahl geistigen Eigentums halt. China ist zu einem Eldorado für Produktpiraterie in nahezu allen Sektoren geworden. Dies macht den westlichen Herstellern mehr und mehr zu schaffen.

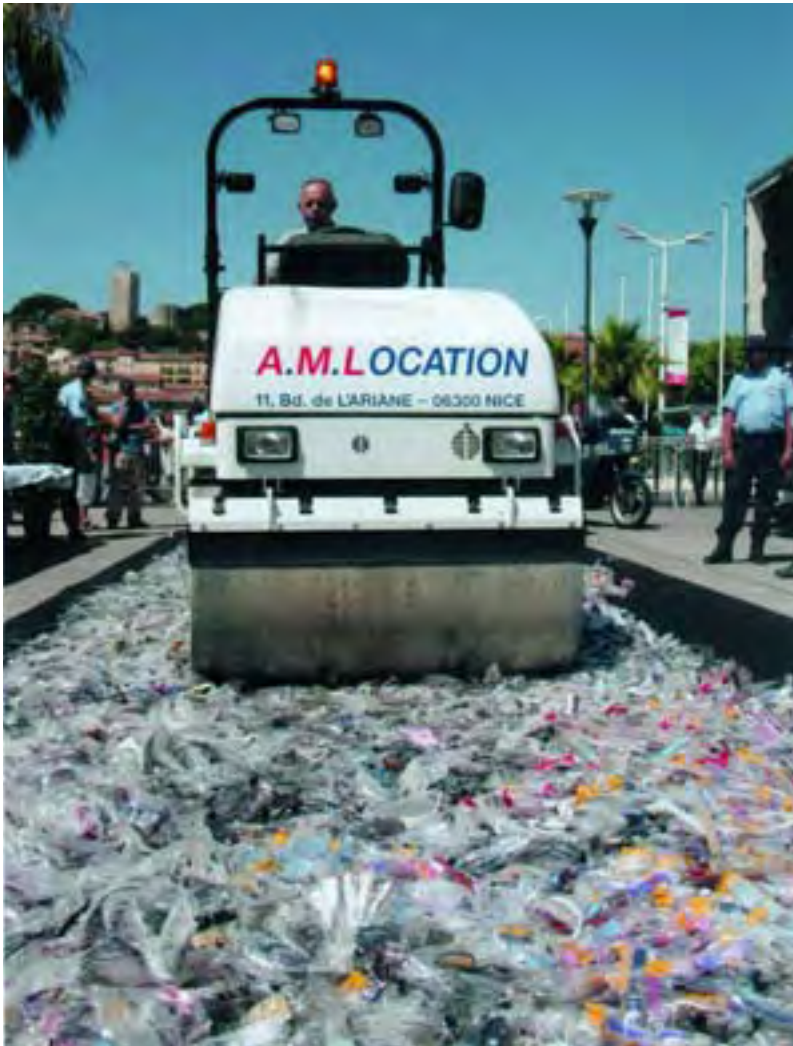


China wird in Zukunft, da kann kein Zweifel bestehen, weiter auf die Öffnung der Weltmärkte für seine Produkte drängen. Häufig versuchen neue Wettbewerber aber umgekehrt, die Öffnung des eigenen Marktes so geschickt wie möglich zu verhindern oder zu verzögern, beispielsweise durch Anforderungen an Produkte, die einheimischen Herstellern „auf den Leib geschrieben sind“ und westliche Hersteller ausschließen. Darauf gilt es, sich vorzubereiten und wesentlich stärker als bisher zu reagieren.

■ FAZIT

Produktpiraterie kostet europäische Unternehmen viel Geld und ist daher ein wichtiges Thema im Bereich der Industriepolitik. Ein Land alleine kann häufig wenig gegen diese Art von unlauterem Wettbewerb tun, aber gemeinsam haben die Europäer ein grosses Gewicht. Deshalb muss sich die Europäische Union viel stärker noch als bisher mit dieser Problematik beschäftigen. Die Handelspolitik ist ein geeignetes Instrument, um dem Schutz geistigen Eigentums Nachdruck zu verleihen.

Bei der Durchsetzung und Stärkung von Arbeitnehmerrechten gibt es akuten Handlungsbedarf. Viele Unternehmen außerhalb der EU können nur deshalb so günstige Produkte auf den Markt bringen, weil sie ihre Beschäftigten rücksichtslos auspressen und unterdrücken. Unser Ziel muss sein, das europäische Modell von Arbeitnehmerschutz und Mitbestimmung in andere Länder, die mit uns Handel betreiben wollen, zu exportieren. Europa braucht mehr politische Orientierung in der Wirtschaft. ■



Der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas wirft auch Schatten. China ist zum Eldorado für Produktpiraterie geworden: Öffentlichkeitswirksame Vernichtung von Raubkopien in Cannes. Im Juli 2005 werden an die 30.000 Fälschungen bekannter Edelmarken wie Gucci, Rolex, Dior, Breitling, Guess, Vuitton vernichtet.



2. DIE WIRTSCHAFTS- UND INDUSTRIE-POLITIK IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe, dies gilt sowohl für einzelne Nationalstaaten als auch für die Europäische Union. Die Industriepolitik umfasst die folgenden Bereiche:

- globale Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes und zur Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (so verstanden ist die Industriepolitik Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik);
- Außenhandelspolitik (Antidumping-Politik; bilaterale und multilaterale Handelsabkommen mit Auswirkungen auf einzelne Industriesektoren);
- Sozial- und Regionalpolitik (soweit der Umstrukturierungsprozess in der Industrie inakzeptable soziale und regionale Auswirkungen hat);
- Wettbewerbspolitik (Rechtsinstrumente für Eingriffe in Marktmechanismen, die nicht ordnungsgemäß funktionieren, und zur Überwachung staatlicher Beihilfen);
- Forschungs- und Entwicklungspolitik;
- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Unternehmen.

Im engeren Sinne erstreckt sich die Industriepolitik der Europäischen Union auf spezifische Maßnahmen für bestimmte Industriesektoren sowie die hierfür bereitgestellten Mittel. Die Folge ist, dass die Maßnahmen der EU auf einige Industriezweige stärkere Auswirkungen haben als auf andere.

Die Grundzüge der heutigen Industriepolitik der EU wurden in einer Mitteilung von 1990 festgelegt. Nach dem darin wiedergegebenen Konzept sollen Rahmen-

bedingungen geschaffen werden, die einerseits Unternehmen ermöglichen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, und andererseits korrigierend wirken, wo der Markt versagt.



2.1. Die Lissabon-Strategie

Seit 1990 hat sich viel verändert. Aus der Europäischen Gemeinschaft wurde die Europäische Union mit inzwischen 25 Mitgliedstaaten. Der europäische Binnenmarkt wurde durch die Währungsunion konsolidiert und um den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und die Beitrittsländer erweitert. Die Uruguay-Runde der WTO hat die Regeln des Welthandels erheblich erweitert. Daher musste auch die EU ihre 1990 festgelegte Industriepolitik weiterentwickeln. Das Konzept, obwohl in seinen Grundzügen unverändert, wurde so nach und nach verfeinert, vor allem, um der immer zentraleren Bedeutung von Wissen und Innovation in der globalen Wirtschaft Rechnung zu tragen.

Unter dem Titel „Beschäftigung, Wirtschaftsreformen und sozialer Zusammenhalt – Für ein Europa der Innovation und

*Die drei sozialdemokratischen Regierungschefs
Göran Persson
(Schweden),
Antonio Guterres
(Portugal) und
Bundeskanzler
Gerhard Schröder
2000 beim Gipfel
in Lissabon.*



des Wissens“ lud der damalige sozialdemokratische Premier Portugals, Antonio Guterres, im Jahr 2000 die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer zu einem Sondergipfel nach Lissabon ein. Auf diesem Gipfel wurde das Ziel formuliert *„die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen.“*



In einer Welt begrenzter Ressourcen werden hohe Umweltstandards und ökologisches Wirtschaften mehr und mehr zu Marktvorteilen: Offshore-Windpark der Vestas-Deutschland GmbH in der Nordsee.

Ein Jahr später verabschiedete der Europäische Rat in Göteborg die Strategie der EU zur nachhaltigen Entwicklung in den drei Hauptbereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Bei der Verwirklichung der in Lissabon und Göteborg gesetzten Ziele spielt die Industriepolitik naturgemäß eine wichtige Rolle.

Es ist klar, dass das Wachstum der Industrie vor allem von privaten Unternehmen abhängt. Hauptaufgabe der Industriepolitik im Rahmen der Lissabon-Strategie ist des-

halb, Unternehmensentwicklung und Innovation zu unterstützen. Die Unternehmen wiederum müssen ihre Produkte weiter entwickeln und verbessern, sich neue Märkte erschließen und die Chancen, die sich durch die Globalisierung bieten, nach besten Kräften nutzen.

Die Überarbeitung der Lissabon-Strategie

Fünf Jahre nach dem Lissabon-Gipfel stand 2005 die Halbzeitbewertung an. Nur in wenigen Bereichen wurden Fortschritte festgestellt. Die Gründe dafür sahen die Europäische Kommission und die 2004 einberufene Sachverständigengruppe unter Leitung des ehemaligen niederländischen Premierministers Wim Kok in der mangelnden Fokussierung der Strategie sowie in fehlendem Engagement auf Seiten der Mitgliedstaaten. Sie schlugen vor, den Schwerpunkt vor allem auf Wachstum und Beschäftigung zu legen. Die gleichzeitige Verfolgung der Ziele Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit und Umweltschutz sei nicht realistisch. Jedoch darf niemand dem Irrtum verfallen, dass Umweltschutz und soziale Sicherheit ein Hindernis für Wettbewerbsfähigkeit sind. Vielmehr handelt es sich hier um die entscheidenden Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum.

Gute Umweltpolitik gibt Anreize für die ökologische Modernisierung. Das lässt Arbeitsplätze entstehen, verleiht Forschung und Entwicklung Auftrieb und senkt die gesellschaftlichen Kosten der Umweltzerstörung. In einer Welt begrenzter Ressourcen werden Firmen, die sich am schnellsten auf höhere Umweltstandards einstellen, den entscheidenden Vorteil des zuerst Handelnden genießen. Für die Hersteller in Europa mag Spitzenklasse im Umweltbereich kurzfristig Kosten verursachen, langfristig wird sie sich jedoch auszahlen.



Soziale Teilhabe ist dabei die grundlegende Basis einer Gesellschaft, die ihren Wandel aktiv gestalten will. Deshalb sind soziale Integration und wirtschaftliche Modernität kein Gegensatz. Im Gegenteil: wer alle optimal fördert und die Voraussetzungen für jede und jeden schafft, sich im Erwerbsprozess wie im gesellschaftlichen Leben zu engagieren, wird alle Potenziale nutzen können.

Ausgerechnet auf Initiative Jean-Claude Junckers, des konservativen luxemburgischen Premiers, hat der Frühjahrsgipfel 2005 deswegen die Zielsetzung des vollen

Lissabon-Programms bestätigt (siehe Kästen unten).

Methodisch ist die Lissabon-Strategie klarer geworden. Die Aufgaben werden zwischen der EU-Ebene und den Mitgliedstaaten klar getrennt. Den Mitgliedstaaten werden gleichzeitig mehr Eigenständigkeit und Verantwortung gegeben, damit sie die Reformen auch durchsetzen. Künftig wird es statt vieler Einzelberichte zu Strukturreformen, Beschäftigungs- und Sozialpolitik etc. jeweils ein Lissabon-Aktionsprogramm auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten geben.

BESCHLÜSSE DES FRÜHJAHRSGIPFELS 2005¹

Die Lissabon-Strategie konzentriert sich zukünftig auf eine Partnerschaft für mehr Wachstum und Beschäftigung. *„Um diese Ziele zu erreichen, muss die Union verstärkt alle geeigneten einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Mittel in den drei Dimensionen der Strategie (Wirtschaft, Soziales und Umwelt) mobilisieren, um deren Synergiepotenzial im Gesamtkontext nachhaltiger Entwicklung besser zu nutzen.“* Die Änderungen am Stabilitäts- und Wachstumspakt werden einen Beitrag dazu leisten.

Die Zahl der Aufgaben und messbaren Erfolgskriterien wird auf ein handhabbares Maß reduziert. Festgehalten wird am Ziel, die Forschungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

Weitere Schwerpunkte sind:

- Forschungsrahmenprogramm, Innovationsförderung, einschließlich Energieeffizienz und Umwelttechnologien
- Aktive Industriepolitik unter anderem durch Technologie-Initiativen auf der Grundlage öffentlich-privater Partnerschaften und durch die Organisation von Technologieplattformen zur Festlegung langfristiger Forschungsagenden
- Umsetzung der Initiativen zum Bürokratieabbau und zur Verminderung des Verwaltungsaufwands
- Förderung von Gründern und Mittelstand etwa durch die Einrichtung zentraler Anlaufstellen, den Zugang zu Krediten und anderen Finanzierungsarten sowie Unterstützungsdiensten.
- Die weitere Öffnung der EU-Märkte ohne das europäische Sozialmodell in Frage zu stellen
- An den Zielen der Vollbeschäftigung bei Beachtung hoher Jobstandards und sozialer Kohäsion wird festgehalten.
- aktive Beschäftigungspolitik, finanzielle Attraktivität der Arbeit, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben, einschließlich einer Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen.

¹ Quelle: Tagung des Europäischen Rates (Brüssel, 22./23. März 2005) Schlussfolgerungen des Vorsitzes:
<http://europa.eu.int/papid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/05/1&format=HTML&aged=0&language=de&guilanguage=en.9.12.2005>



■ FAZIT

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament unterstützen die Überarbeitung der Lissabon-Strategie. Aber so sehr wir die Problemanalyse der Europäischen Kommission teilen und ihre Initiativen zur besseren Rechtssetzung und zu einer neuen Industriepolitik (siehe unten) begrüßen, so bestehen doch Bedenken bezüglich der Umsetzung. Es ist ein schmaler Grat zwischen verschlankter und effizienterer Gesetzgebung und neoliberaler Deregulierung. Es kann nicht darum gehen, Sozial- und Umweltstandards zurückzudrehen. Auch darf Wettbewerbsfähigkeit nicht mit Profitmaximierung um jeden Preis verwechselt werden. Deshalb muss besonders die Folgenabschätzung für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Nur so ist demokratische Kontrolle möglich. Die Sozialdemokraten werden deshalb die weitere Entwicklung aufmerksam beobachten und konstruktiv begleiten. Wir wollen die Lissabon-Strategie zu einem zukunftsgerechten Instrument machen, das uns hilft, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu gestalten. ■

2.2. Eine moderne europäische Industriepolitik

Im Rahmen der Überarbeitung der Lissabon-Strategie hat Industriekommissar Günter Verheugen am 5. Oktober 2005 die „Mitteilung über die Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft: Ein politischer Rahmen zur Stärkung des verarbei-

tenden Gewerbes in der EU – auf dem Weg zu einem stärker integrierten Konzept für die Industriepolitik“ veröffentlicht. Hinter diesem etwas sperrigen Titel verbirgt sich der Arbeitsplan der Europäischen Kommission für die Industriepolitik der nächsten Jahre. Dazu werden sieben sektorübergreifende Initiativen angekündigt (siehe Kasten unten).

SEKTORÜBERGREIFENDE INITIATIVEN IM BEREICH DER INDUSTRIE-POLITIK AUS DEM ARBEITSPLAN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

- Initiative für Rechte an geistigem Eigentum (IPR) und gegen Produktpiraterie.
- Eine hochrangige Expertengruppe (Vertreter der Europäischen Kommission, der Industrie und den Mitgliedsländern) für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt: Wettbewerbs-, Energie- und Umweltpolitik sind in Bezug auf ihre Ziele und Auswirkungen eng miteinander verflochten, insbesondere für viele Branchen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Um Synergien in vollem Umfang zu nutzen, müssen die politischen und gesetzgeberischen Initiativen in diesen Bereichen aufeinander abgestimmt sein. Daher sind eine bessere Koordinierung und die Entwicklung eines integrierten Konzeptes von fundamentaler Bedeutung.
- Externe Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit und des Marktzugangs: Der Zugang zu internationalen Märkten ist ein wichtiges Anliegen für die meisten Sektoren.
- Ein neues Programm zur Vereinfachung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften (siehe Seite 19).
- Die Verbesserung sektorbezogener Qualifikationen.
- Management des Strukturwandels in der verarbeitenden Industrie (Ende 2005): Folgende Industriezweige sind besonders vom Strukturwandel betroffen: Textil-, Leder-, Möbel-, Schuh- und Keramikindustrie, Druck-, Automobil-, Schiffbau-, Stahlindustrie und Teile der Lebensmittelindustrie. Die Europäische Kommission will sicherstellen, dass die neuen Strukturförderungsprogramme schneller auf Strukturveränderungen in den verschiedenen Industriezweigen reagieren.
- Ein integriertes europäisches Konzept für industrielle Forschung und Innovation.



Außerdem ist eine Reihe von neuen sektorspezifischen Initiativen vorgesehen, die unter anderem die Pharmaindustrie, Biowissenschaft und -technologie, die Chemieindustrie, die Verteidigungsindustrie und die Maschinenbauindustrie betreffen und zu einer besseren Koordinierung aller Maßnahmen beitragen sollen.

■ FAZIT

Wir brauchen eine moderne, sektorspezifische Politik, die der europäischen Industrie den Rücken stärkt. Dies bedeutet nicht Schutz vor Strukturwandel. Es geht darum, Wege für die Zukunft zu finden, die in den einzelnen Branchen Wachstumspotenziale stimulieren und die Kreativität der Wirtschaft insgesamt fördern.

Erfolgreiche Industriepolitik kann nur durch die enge Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedsländern zustande kommen. ■

2.3. Bessere Rechtssetzung

Die Initiative der EU zur besseren Rechtssetzung (better regulation) stammt aus dem Jahr 1992. In Edinburgh beschloss der Rat eine Vereinfachung der europäischen Rechtssetzung und eine Verbesserung der bestehenden Gesetze. Dies sollte zu einer Hauptaufgabe der Europäischen Union werden. Dieser Ankündigungen folgten jedoch keine Taten, da es am politischen Willen mangelte. In den Ratssitzungen von 2000 (Lissabon) bis 2002 (Barcelona) wurde das Mandat der Europäischen Kommission zur Überprüfung und Erneuerung der gemeinsamen Rechtssetzung erneuert. In ihrem „Weißbuch über Europäisches Regie-

ren“ (Juli 2001) verpflichtete sich die Kommission, konkrete Maßnahmen vorzulegen.

Nach zwei Zwischenberichten (2002 und 2004), die jedoch mehr Zustandsbeschreibungen als Lösungsansätze beinhalteten, geht die Kommission das Thema nun erneut an. Im März 2005 stellte Industriekommissar Günter Verheugen umfassende Pläne zum Abbau des Verwaltungsaufwands für Unternehmen vor, die zur Ankurbelung der EU-Wirtschaft beitragen sollen. Bei Rechtsinitiativen soll systematisch überprüft werden, ob sie einen übermäßigen Verwaltungsaufwand, insbesondere für mittelständische Unternehmen zur Folge haben.

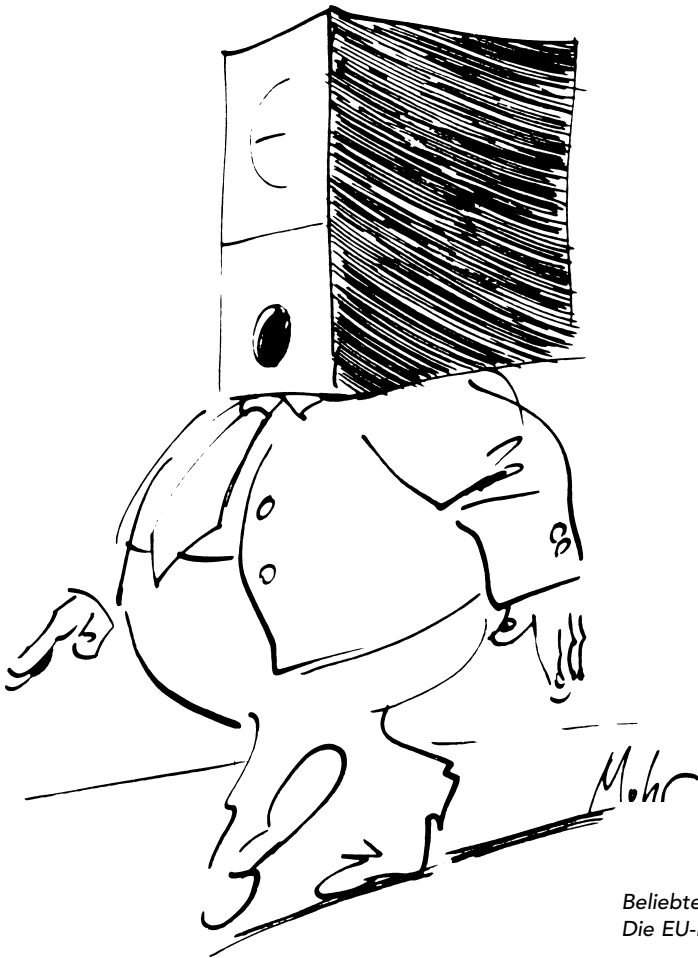


Derzeit befinden sich rund 900 Rechtsinitiativen im Rat und im Europäischen Parlament in der Schwebe, die auf ihre Notwendigkeit hin geprüft werden sollen. Aber auch bereits geltende Regeln werden laut der Europäischen Kommission unter die Lupe genommen. Ziel sei es, „ein gesundes Gleichgewicht zwischen Kosten und Nutzen von Rechtsvorschriften“ herzustellen. Als Maßstäbe sollen die „wirtschaftlich ausgerichtete“ Lissabon-Strategie sowie eine „breite Strategie für nachhaltige Entwicklung“ dienen.

Will den Paragraphenschwung der EU zugunsten der Unternehmen durchforsten, um deren Verwaltungsaufwand abzubauen und damit den Wettbewerb zu fördern: EU-Industriekommissar Günter Verheugen.



Darüber hinaus will die Kommission in Zukunft beim Verfassen von Gesetzesvorschlägen einen integrierten Ansatz verfolgen. Damit ist vor allem eine genaue Abschätzung der wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Folgen eines neuen Vorschlags und seiner möglichen Alternativen gemeint. Ein wesentlicher Aspekt soll - wie bereits bei der neu ausgerichteten Lissabon-Strategie - darin bestehen, die Mitgliedstaaten einzubinden, da diese viele EU-Richtlinien häufig zu bürokratisch umsetzen.



Beliebtes Spottbild der Karikaturisten:
Die EU-Bürokratie und ihre Beamten.
Zeichnung: Burkhard Mohr

FAZIT

Europäische Rechtsvorschriften müssen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden, damit das Vorgehen der Gemeinschaft transparent und effektiv ist. Die SPE-Fraktion unterstützt die Initiativen des Europäischen Rates für eine Vereinfachung, betont aber zugleich die Notwendigkeit, die Befugnisse unter den Recht setzenden Organen eindeutiger zuzuweisen, die Transparenz zu verbessern und die Vorrechte des Europäischen Parlaments zu schützen. Ferner unterstützt sie den Vorschlag des Konvents für eine Europäische Verfassung, Rechtsvorschriften und Verfahren so zu gestalten, dass sie für die Öffentlichkeit besser verständlich sind.

Im Frühjahr 2005 forderte das Europäische Parlament die Kommission auf, im Rahmen der Initiative zur besseren Rechtssetzung auch den bestehenden *acquis communautaire*, also das gesamte europäische Regelwerk, auf überflüssige Regelungen zu untersuchen und insgesamt zu straffen.



3. EUROPA BRAUCHT EINE STARKE ARBEITNEHMERSCHAFT

3.1. Die Arbeitnehmerschaft und der industrielle Wandel

Auch wenn die Zuständigkeit für die nationalen Arbeitsmarktpolitiken bei den Mitgliedstaaten verbleibt, setzt sich die EU in vielen grundlegenden Bereichen für die Arbeitnehmer ein. Die folgende Liste ist eine Auswahl von Themen, die in diesem Zusammenhang auf europäischer Ebene behandelt werden:

- die europäische Beschäftigungspolitik mit ihren Programmen zur Aus- und Weiterbildung sowie dem Sonderprogramm EQUAL gegen Diskriminierung und Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt;
- die Gewährleistung und Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt;
- die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern;
- Sicherheit und Gesundheit an Arbeitsplätzen in Europa;
- die Rentenpolitik.

Das vorliegende Thema Europa beschränkt sich jedoch auf die einschlägige Frage der Arbeitnehmerbeteiligung im industriellen Wandel.



3.2. Arbeitnehmerrechte in der EU

Europäische Betriebsräte

Die wachsende Zahl der grenzüberschreitenden Firmenzusammenschlüsse wirft natürlich auch die Frage der Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen auf. Deshalb haben das Europäische Parlament und der Ministerrat 1994 die Voraussetzungen für die Bildung Europäischer Betriebsräte (EBR) geschaffen. Inzwischen gibt es in der EU schon mehr als 650 EBR. Allerdings könnten die Gewerkschaften noch mehr tun. In Deutschland hätten mehr als 440 Unternehmen Anspruch auf einen EBR. Es gibt ihn aber nur in 121 von ihnen.

Die EU setzt sich in vielen grundlegenden Bereichen für die Arbeitnehmer ein. Die Mitbestimmung für alle europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist für die europäischen Sozialdemokraten unerlässlich.

■ FAZIT

Nach Ansicht der Europäischen Sozialdemokraten kann es kein sozial gerechtes Europa ohne eine starke Arbeitnehmerschaft geben. Und was nach innen gilt, gilt auch nach außen: für eine starke Stellung der europäischen Industrie auf den Weltmärkten sind die Unternehmen auf die Qualifikationen, die Kreativität und das Engagement ihrer Mitarbeiter angewiesen. Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft unerlässlich. ■



Europäische Betriebsräte können nach dem Willen der Europäischen Union in Unternehmen und Unternehmensgruppen gegründet werden, die mindestens 1000 Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten insgesamt und jeweils mindestens 150 Arbeitnehmer in mindestens zwei Mitgliedstaaten beschäftigen.

Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben unter anderem durchgesetzt, dass jährlich über 20 Millionen Euro bereitstehen, damit Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter aus Unternehmen, die in der EU grenzüberschreitend tätig sind, Reise-, Dolmetscher- und Aufenthaltskosten erstattet bekommen. Dies erlaubt es ihnen,

sich mit Kollegen aus anderen Ländern zu treffen und sich über ihr gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

Arbeitnehmerschaft und Konzernleitung entscheiden selbst über Zusammensetzung, Befugnisse, Arbeitsweise und finanzielle Ausstattung der Europäischen Betriebsräte. Können sie sich nicht einigen, sind die Mindestvorschriften der entsprechenden europäischen Richtlinie zu befolgen. Sie legt unter anderem fest, dass die EBR über Angelegenheiten, die das EU-weit operierende Unternehmen insgesamt oder mindestens zwei Betriebe in verschiedenen Mitgliedstaaten betreffen, informiert und angehört werden.

Die Revision der EBR-Richtlinie steht seit langem aus. Aber bisher warten wir noch vergeblich auf einen Vorschlag der Europäischen Kommission, die das Gesetzesinitiativrecht in der EU hat.

Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie im Internet unter: http://www.dgb.de/themen/mitbestimmung/europa/europ_br.htm sowie <http://www.etuc.org/r/57>.



Europaweiter Streik in den Werken des schwedischen Elektrolux-Konzerns gegen die drohende Schließung des Nürnberger Traditionswerks AEG im November 2005. Um die Rechte der Arbeitnehmer in der EU zu stärken, muss das Instrument des Europäischen Betriebsrats (EBR) ausgebaut werden.

■ FAZIT

Europäische Betriebsräte haben eindeutig ihre Effizienz gezeigt. Daher wollen wir Sozialdemokraten uns dafür einsetzen, die Regelungen auszuweiten und auch kleinere gemeinschaftsweit operierende Unternehmen dazu verpflichten, die Arbeitnehmervertreter im Rahmen eines Europäischen Betriebsrates zu unterrichten und anzuhören. ■



Die Europäische Aktiengesellschaft

Die im Jahre 2001 verabschiedete Verordnung über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft enthält klare Bestimmungen zu der Beteiligung der Arbeitnehmerschaft und deren Stellung und Aufgaben im Unternehmen. Damit ist die qualifizierte Mitbestimmung auch im Falle eines Zusammenschlusses von Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten zu einer Aktiengesellschaft oder der Umwandlung eines bereits bestehenden europäischen Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft sichergestellt. Es gilt, dass eine Europäische Aktiengesellschaft erst dann gegründet werden kann, wenn ein in der Richtlinie bezeichnetes Mitbestimmungsmodell festgelegt worden ist. Finden die beteiligten Parteien keine zufriedenstellende Vereinbarung, greift eine Auffangregelung. Sie besagt, dass die im Unternehmen bisher geltenden Regelungen der Arbeitnehmerbeteiligung beibehalten werden. Ist also eine deutsche Kapitalgesellschaft an einer Europa AG beteiligt, gilt die Mitbestimmung gemäß dem deutschen Betriebsverfassungsgesetz.

Der allgemeine Rahmen für die Information und Anhörung der Arbeitnehmer

Die Fälle, in denen die Arbeitnehmerschaft als letzte über Konkursantragsstellung oder die Schließung eines Betriebes informiert wurden, waren zahlreich in der Vergangenheit. Damit solche Vorgänge sich nicht wiederholen, haben das Europäische Parlament und der Ministerrat im März 2002 eine Richtlinie zur Information und Anhörung der Arbeitnehmer verabschiedet. Die Unterrichtung und Konsultation der Arbeitnehmerschaft betrifft drei Bereiche:

- die Entwicklung des Unternehmens in

wirtschaftlicher, finanzieller und strategischer Hinsicht;

- die Beschäftigungsstruktur des Unternehmens und die vorhersehbare Beschäftigungsentwicklung sowie sich daraus ergebenden Maßnahmen;
- Unternehmensentscheidungen, die wesentliche Veränderungen der Arbeitsorganisation sowie der Arbeitsverträge mit sich bringen können.

Nimmt der Arbeitgeber wesentliche Änderungen an einem Arbeitsverhältnis vor, ohne die Informations- und Anhörungsrechte der Arbeitnehmerschaft zu beachten, so sind diese Änderungen rechtlich unwirksam. Hat der Arbeitgeber nicht mehr die Möglichkeit die Information und/oder Konsultation nachzuholen, muss er eine angemessene Entschädigung gewähren. Schwerwiegende Verstöße sind:

- das völlige Fehlen einer Information und/oder einer Anhörung der Arbeitnehmervertreter vor einer Entscheidung oder vor der öffentlichen Bekanntgabe einer Entscheidung;
- die Zurückhaltung wichtiger Informationen oder die Weitergabe falscher Informationen, wenn dadurch das Recht auf Information und Anhörung seiner Wirkung beraubt wird.

Dies gilt ab 2005 für alle Betriebe ab 20 Beschäftigten und für Unternehmen ab 50 Beschäftigten. Die konservative Fraktion im Parlament hat sich jedoch dafür eingesetzt, dass der in Deutschland und Österreich existierende Tendenzschutz weiter bestehen bleibt. Diese Klausel vermindert den arbeitsrechtlichen Schutz in bestimmten Branchen wie zum Beispiel den Medien, karitativen Verbänden, den Kirchen und den Parteien.



4. WIR BRAUCHEN EINE GEMEINSAME EUROPÄISCHE STEUERPOLITIK

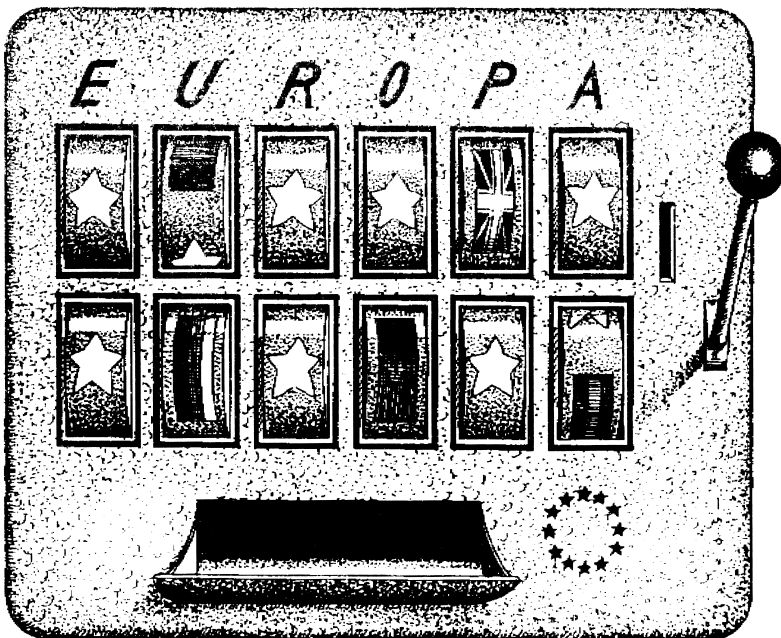
Eine Steuerharmonisierung in der EU ist ein heikles und sehr umstrittenes Thema. Tatsache ist, dass der gemeinsame europäische Binnenmarkt auf Grund der unterschiedlichen Steuerpolitiken eben noch kein wirklicher gemeinsamer Markt ist. Dies führt zu Verzerrungen, denn weder die Produzenten noch die Verbraucher zahlen die gleichen Steuern, wenn sie in unterschiedlichen Mitgliedsländern angesiedelt sind. So sorgen die unterschiedlichen Steuersysteme zum Beispiel für völlig unterschiedliche Preise in den Mitgliedstaaten bei der Anschaffung eines neuen PKW (siehe Tabelle S. 25). Dies liegt zum einen an den starken Abweichungen im Bereich der Mehrwertsteuer und zum anderen an zusätzlichen Registrierungssteuern, die in manchen Ländern erhoben werden.

Es gilt allerdings zu bedenken, dass ein Vergleich einzelner Steuern nicht wirklich hilfreich ist. Manche Länder finanzieren zum Beispiel ihr Gesundheits- oder Rentensystem über die Mehrwertsteuer. Dies führt natürlich zu höheren Mehrwertsteuersätzen als in Ländern, wo die Bürgerinnen und Bürger sich selbst versichern müssen oder entsprechende Abgaben direkt vom Lohn abgezogen bekommen. Daher muss für einen europäischen Vergleich die Gesamtbelastung (Steuern und Abgaben) der Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisniveaus herangezogen werden. Dies erschwert Vergleiche jedoch ungemein.

Verzerrungen im Binnenmarkt gibt es auch auf Grund von nicht koordinierten Änderungen im Steuersystem, speziell wenn Steueranreize geschaffen werden, zum Beispiel für die Einführung bestimmter Umwelttechnologien. So wird aus dem gemeinsamen Markt wieder ein Flickenteppich. Aus Sicht der nationalen Regierungen sind steuerliche Anreize jedoch ein hervorragend geeignetes Mittel zur Umsetzung von politischen Zielen, auf das keine Regierung gerne verzichtet. Da wir in der EU aber eine gemeinsame Lissabon-Agenda haben, sollten wir koordiniert zu diesem Mittel greifen, weil es dann mehr Durchschlagkraft hätte.

4.1. Steuerliche Anreize für Unternehmensverlagerungen

Ein in der Öffentlichkeit breit diskutierter Nachteil der nicht abgesprochenen Steuerpolitik in Europa ist die Verlagerung von Unternehmen aufgrund niedriger Unternehmenssteuern. Im schrankenlosen Binnenmarkt spielt es eine geringere Rolle, wo produziert wird. Das gibt Anreize für die einzelnen Mitgliedstaaten, durch eine Steuersenkung Unternehmen anzuziehen, wie es



Leider ist die Steuerharmonisierung in der Europäischen Union kein leichtes Spiel.

Zeichnung: Brigitte Schneider




























Irland oder die Slowakei getan haben. Das kann in diesen Ländern sogar zu höheren Steuereinnahmen führen (abhängig von der Zahl der Unternehmensverlagerungen), die dann aber im gleichen Umfang in anderen Ländern nicht mehr fließen. Der Steuerwettbewerb erhöht den Druck auf die Nachbarn, ihre Steuersätze ebenfalls zu reduzieren – bis der Staat kein Geld mehr hat und seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.

Wie gesagt, der direkte Vergleich ist schwer. So liegt die nominale Steuerlast für Unternehmen in Deutschland zurzeit bei etwa 37% (Körperschaftsteuer inkl. Soli und Gewerbesteuer), in Frankreich bei 35% und in Großbritannien bei 29%. In Malta beträgt die allgemeine Steuer, die auch für Unternehmen gilt, zwischen 15 und 35%. Jedoch gibt es auf Malta Sonderbestimmungen, etwa für Holdinggesellschaften. In Slowenien betragen die Unternehmenssteuern etwa 25%, hier gibt es allerdings Sonderwirtschaftszonen mit einem Steuersatz von nur 10%. In Tschechien liegt der Körperschaftssteuersatz zwischen 15 und 31% (das ist der Normalsatz). In Ungarn liegen die Unternehmenssteuern etwa bei 19%, in Litauen und Lettland bei 15%, in Zypern bei 10%. Die Slowakei hat einen einheitlichen Steuersatz von 19% auf alle Einkunftsarten, also auch Unternehmensgewinne, eingeführt. Polen hat die Steuersätze für Unternehmen ebenfalls auf 19% gesenkt. Zugleich führte Polen eine Steuerbefreiung für Gewinne von Unternehmen ein, die in den so genannten Sonderwirtschaftszonen ansässig sind. In Estland fällt für einbehaltene Gewinne in den Unternehmen gar keine Steuer an und zwar unabhängig davon, ob die Gewinne reinvestiert oder angelegt werden. Gewinnausschüttungen unterliegen einem Körperschaftssteuersatz von 35%.

Die tatsächlich gezahlten Steuern hängen aber von der Bemessungsgrundlage ab, also

ANFALLENDE STEUERN BEI DER ANSCHAFFUNG EINES NEUEN PKW IN DER EU (Inkl. Registrierung, 2.000 ccm Hubraum)

	LAND	MWST.	STEUERN GESAMT
	Belgien	21%	25%
	Dänemark	25%	198%
	Deutschland	16%	16%
	Estland	18%	18%
	Finnland	22%	51%
	Frankreich	19,6%	19,6%
	Griechenland	18%	58%
	Irland	21%	57%
	Italien	20%	21%
	Lettland	18%	20%
	Litauen	18%	18%
	Luxemburg	15%	15%
	Malta	18%	83%
	Niederlande	19%	64%
	Österreich	20%	30%
	Polen	22%	25%
	Portugal	19%	79%
	Schweden	25%	25%
	Slowakei	19%	19%
	Slowenien	20%	27%
	Spanien	16%	28%
	Tschechien	19%	19%
	Ungarn	25%	60%
	Verein. Königreich	17,5%	17,5%
	Zypern	15%	75%

Quelle: Tax Guide 2005, Association des Constructeurs Européens d'Automobiles (ACEA): [http://www.acea.be/ASB20/axidownloads20s.nsf/Category0ACEA/F54353A5D585D264C12570680043F632/\\$File/2005ACEATaxGuide~Introduction.pdf](http://www.acea.be/ASB20/axidownloads20s.nsf/Category0ACEA/F54353A5D585D264C12570680043F632/$File/2005ACEATaxGuide~Introduction.pdf).



VW produziert weltweit, u. a. auch in Polen. Mit über 5.000 Mitarbeitern in vier Werken in der Woiwodschaft Posen der größte Arbeitgeber in der Woiwodschaft Großpolen. Seit 2003 wird der VW Caddy in Posen gebaut.

davon, was man alles abschreiben kann. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind bekanntlich in Deutschland enorm. Das gilt auch für die große Zahl von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften, bei denen nicht das Unternehmen, sondern der Inhaber bzw. die Gesellschafter einkommenssteuerpflichtig sind, auch wenn die rot-grüne Bundesregierung die Möglichkeiten eingeschränkt hat. In Deutschland sind die Steuersätze für Kapitalgesellschaften seit 1998 am stärksten gesunken (von 45% auf 25%). Auch die Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen von Anteilen an anderen Kapitalgesellschaften hat die Unternehmen entlastet.



Einige EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa haben ihre Unternehmenssteuern kürzlich auf ein sehr niedriges Niveau gesenkt. Gleichzeitig erhalten sie erhebliche Mittel aus den Strukturfonds der EU, in die vor allem die alten Mitgliedsländer einzahlen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Es ist problematisch, dass die alten EU-

Mitgliedsländer Mittel überweisen, während die Empfänger auf Einnahmen aus Unternehmenssteuern verzichten.

Leider ist es trotz der Problematik alles andere als einfach, Fortschritte im Hinblick auf eine gemeinsame Steuerpolitik zu erzielen. In einem ersten Schritt muss es eine gemeinsame Bemessungsgrundlage geben. Hierzu hat die Europäische Kommission 2005 eine Initiative gestartet. Um einen fairen Wettbewerb zu gestalten, müssen in einem zweiten Schritt die Steuersätze angenähert oder ein Mindeststeuersatz eingeführt werden. Neben den neuen Mitgliedsländern sperrt sich besonders Großbritannien gegen jegliche Harmonisierung in Steuerfragen. Steuerfragen werden aber leider immer noch einstimmig und ohne Mitwirkung des Europäischen Parlaments entschieden. Ein Kompromiss aller EU-Mitgliedstaaten ist nicht in Sicht.

4.2. Die Situation in Deutschland im europäischen Vergleich

Angesichts der kontroversen Diskussion um Steuern und Abgaben ist es interessant zu erfahren, wo Deutschland im internationalen Vergleich steht. Bei einer Betrachtung der tatsächlichen durchschnittlichen Belastung in verschiedenen Bereichen (Arbeit, Verbrauch und Kapital), also dem Gesamtsteueraufkommen im Verhältnis zur jeweiligen möglichen Bemessungsgrundlage (auch impliziter Steuer- oder Belastungssatz genannt), ergibt sich folgendes Bild²:

■ Schweden, Dänemark, Finnland, Belgien, Österreich und Frankreich sind die Mitgliedstaaten mit den höchsten Gesamtabgabebelastungen (Gesamtsteuer-

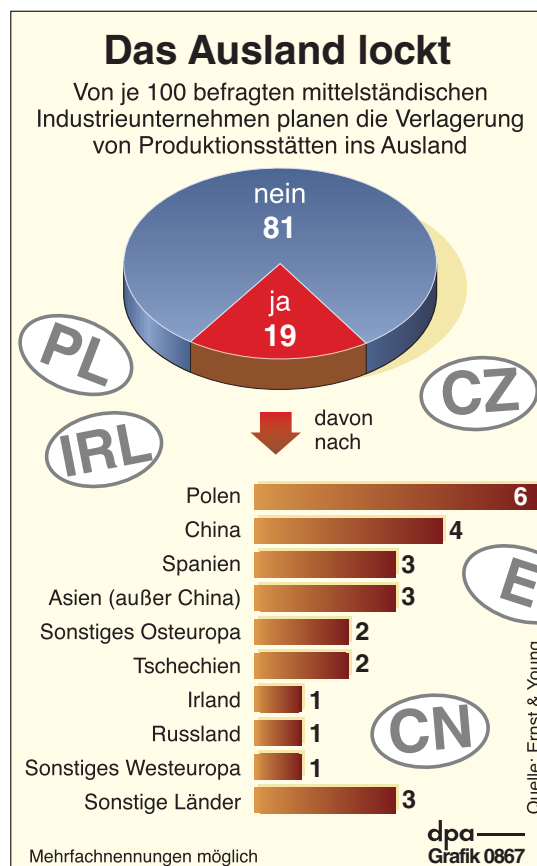
² Quelle: Eurostat Pressemitteilung, unter http://europa.eu.int/comm/taxation_customs/resources/documents/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_structures/press_release_de.pdf, 8. Dezember 2005.



aufkommen als Anteil des Bruttoinlandsproduktes) in der EU. Der EU-Durchschnitt beträgt 40,3%. Deutschland liegt genau im Durchschnitt.

- Bei Steuern und Abgaben auf den Verbrauch liegt Deutschland mit 18,5% unter dem EU-Durchschnitt von 22%.
- Bei Steuern und Abgaben auf Arbeit liegt Deutschland mit 40,6% deutlich über dem EU-Durchschnitt mit 35,9%.
- Bei Steuern und Abgaben auf Kapital³ liegt Deutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt mit 25,4% und dem der Eurozone mit 28,2%.

³ Die iStS für Kapital umfassen: die Besteuerung von Zinseinkommen und Investitionen der Haushalte und Unternehmen und Steuern auf Anlagevermögen aufgrund von Spareinlagen und Investitionen in früheren Zeiträumen. Der Nenner der iStS für Kapital zielt darauf ab, die weltweiten Kapitaleinkünfte und Gewinne der Bewohner der Mitgliedstaaten zu Zwecken der Besteuerung im jeweiligen Mitgliedstaat zu schätzen. Die Entwicklungen dieser iStS für Kapital spiegeln eine Vielzahl von Faktoren wider und sollten daher mit Vorsicht interpretiert werden.



Bei der mittelständischen Industrie steht Polen in der Gunst an der Spitze. Von den 19 Prozent der mittelständischen Betriebe in Deutschland, die eine Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland planen, zieht es sechs Prozent nach Polen gefolgt von China (vier Prozent).

■ FAZIT

Europa behindert sich in seiner eigenen Entwicklung, wenn es in der überaus wichtigen Frage der Steuerharmonisierung zu keiner Einigung kommt. Deshalb setzen sich die Sozialdemokraten dafür ein, die Steuerbemessungsgrundlagen zu harmonisieren und die Steuersätze schrittweise anzugleichen.

Deutschland ist kein Hochsteuerland. Im europäischen Vergleich belasten wir Verbrauch extrem niedrig, Arbeit relativ hoch (die einzige Belastung, die seit 1995 gestiegen ist), und Kapital sehr niedrig. Nur in den neuen EU-Mitgliedstaaten wird Kapital noch geringer belastet. Hier besteht Handlungsbedarf. Es gibt durchaus Bereiche, in denen Kapital höher belastet werden kann ohne Wettbewerbspositionen zu gefährden. Das gleiche gilt für höhere Einkommen. Arbeit, insbesondere im unteren und mittleren Einkommenssegment, muss hingegen deutlich entlastet werden.



5. WIR MÜSSEN AUF MEHR INNOVATIONEN IN EUROPA SETZEN

5.1. Innovationen als Zukunftschance für die europäische Industrie

Die EU investiert 17,5 Mrd. Euro ihres gesamten Budgets in die Forschung. U. a. profitieren davon (v. l.): Informationstechnologie (Erdfunkstelle der Deutschen Telekom in Raisting/Bayern), Gesundheitstechnologie (Forschung am Göttinger Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin), neue Produktionsverfahren (Siemens-Ingenieure haben den Wirkungsgrad von Gasturbinen in Kraftwerken erhöht), die Nanowissenschaften und die Biotechnologie (Versuchstreibhaus der BASF).

Die Chance der Europäischen Industrie, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und weiter auszubauen, liegt eindeutig darin, die innovativsten, fortschrittlichsten und qualitativ besten Produkte auf den Markt zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, können die Europäische Union und die Mitgliedstaaten entscheidende Beiträge leisten. Diese umfassen mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung, Maßnahmen zur Förderung der Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie die Schaffung günstiger Voraussetzungen für einen gemeinsamen Forschungsraum.

Die Europäische Union hat die große Bedeutung von Forschung und Entwicklung früh erkannt und betreibt deshalb seit vielen Jahren eine aktive Forschungsförderung. Dabei spielen die Europäischen Forschungsrahmenprogramme (FRP) eine wichtige Rolle. Durch gezielte Forschungsförderung versucht die EU, die europaweit

verstreuten Ressourcen zu bündeln und besser aufeinander abzustimmen.

■ FAZIT

Um im industriellen Bereich an der Weltspitze zu stehen, ist die Erhöhung der Investitionen in die technologische Forschung und Entwicklung unerlässlich. Dies ist der Dreh- und Angelpunkt der Lissabon-Strategie. Wenn Europa im Jahre 2010 wie vorgesehen 3% seines Bruttoinlandproduktes in Forschung und Entwicklung investieren würde, stiege das Wachstum um jährlich 0,5% und es entstünden jedes Jahr rund 400.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Ungeachtet der Probleme bei der Realisierung der Lissabon-Agenda setzen sich die Sozialdemokraten daher für eine Erhöhung der Ausgaben in diesem Bereich ein. ■





5.2. Forschungsförderung durch die EU

Eins muss klar sein: die Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich der Forschungsförderung können nur anregenden Charakter haben. Für flächendeckende Förderung stehen schlicht nicht genügend Mittel zur Verfügung. So macht die Forschungsförderung im Rahmen des im nächsten Jahr auslaufenden 6. Forschungsrahmenprogramms (FRP) gerade einmal 5,4% der gesamten öffentlichen Mittel für Forschung und Entwicklung aus: die Hauptakteure in der öffentlichen Forschungsförderung sind und bleiben die Mitgliedstaaten.

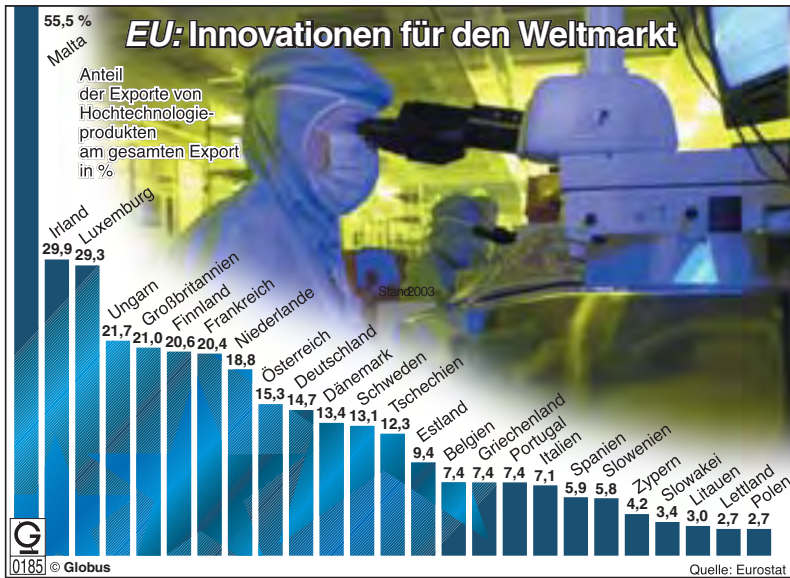
Das Gesamtbudget der Europäischen Union für das 6. Forschungsrahmenprogramm (2002-2006) sowie EURATOM, die Europäische Atomgemeinschaft, beträgt 17,5 Milliarden Euro (davon sind 7% für EURATOM vorgesehen). Dies entspricht etwa 4% des gesamten EU-Budgets. Thematische Schwerpunkte des 6. Forschungsrahmenprogramms sind:

- Biowissenschaften, Genomik und Biotechnologie im Dienste der Gesundheit;
- Technologien für die Informationsgesellschaft (TIG);
- Nanotechnologien und Nanowissenschaften;
- wissensbasierte multifunktionelle Werkstoffe;
- neue Produktionsverfahren und -anlagen;
- Luft- und Raumfahrt;
- Lebensmittelqualität und -sicherheit;
- Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme;
- Bürgerinnen und Bürger und der Staat in der Wissensgesellschaft.



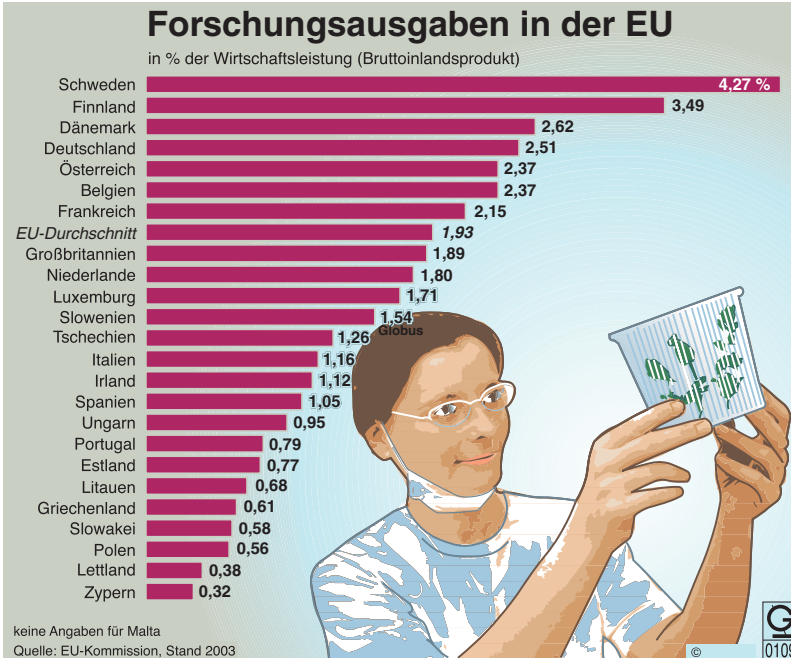
THEMA EUROPA
11/2002





Um der Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen für die europäische Wirtschaft gerecht zu werden und um ihre Rolle im Bereich der Forschung und Entwicklung zu unterstreichen, werden sie durch spezielle Maßnahmen gefördert. Unter anderem strebt die EU eine 15%ige Beteiligung von KMU bei allen geförderten Projekten an. Darüber hinaus stehen für Kollektiv- und Kooperationsforschung weitere 430 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Sommer 2005 unterbreitete die Europäische Kommission ihren Vorschlag für das 7. Forschungsrahmenprogramm. Die Kommission schlug dafür ein Budget von fast 80 Milliarden Euro vor. Dies würde eine Verdoppelung des bisherigen Forschungsbudgets bedeuten. Auch bei den Inhalten gibt es neue Schwerpunkte. So soll zum Beispiel die regionale Dimension der Forschungsförderung verstärkt werden. Im Klartext bedeutet dies eine stärkere Vernetzung der Forschungsstrukturen von Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren. Dabei sollen grenzüberschreitende Projekte bevorzugt werden. Dafür will die EU auch verstärkt Mittel aus den Strukturfonds der EU nutzen. Ein Punkt, der in der Vergangenheit zu Kritik geführt hatte, war der unangemessen hohe Verwaltungsaufwand. Hier hofft die Europäische Kommission, durch Flexibilisierung und Vereinfachung Abhilfe zu schaffen.



Oben: Innovationsleistung und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes lassen sich auch daran messen, wieviel Hightech in seinen Exporten steckt. In der EU nemen dabei die kleineren Länder Spitzenplätze ein.

Unten: Von den meisten Mitgliedsländern der EU werden Forschung und Entwicklung eher stiefmütterlich behandelt. Die Forschungsausgaben stagnierten zwischen 2000 und 2003 bei 1,9 Prozent weit hinter den USA (2,59 Prozent) und Japan (3,15 Prozent). Nur Schweden (4,2), Finnland (3,29) und Deutschland (2,51 Prozent) nehmen relativ günstige Plätze ein.

5.3. Ein Aktionsplan für innovative Umwelttechnologien

Die Europäische Kommission hat 2004 einen ehrgeizigen Aktionsplan (ETAP) verabschiedet, mit dem die Entwicklung und Verbreitung von Umwelttechnologien unterstützt werden soll. Viele neue Umwelttechnologien haben ein großes Potenzial zur Verbesserung der Umwelt und gleichzeitig



der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Das Spektrum der Umwelttechnologien reicht von Recyclingsystemen für Abwasser in industriellen Prozessen, über energiesparende Fahrzeugmotoren, die weniger Kraftstoff verbrauchen, bis hin zu Bodensanierungsverfahren.

Nach wie vor bestehen jedoch viele Hindernisse wie zum Beispiel der komplexe Charakter einer Umstellung von traditionellen auf neue Technologien oder der unzureichende Zugang zu dem für die Modernisierung benötigten Kapital. Der Aktionsplan soll dazu beitragen, diese Hindernisse durch eine konzertierte europäische Anstrengung zu überwinden, um das Potenzial der Umwelttechnologien möglichst effizient zu nutzen. Außerdem verspricht sich die EU eine kostenwirksame Verwirklichung ihrer Ziele im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Außerdem soll der Plan helfen, der Europäischen Union eine Führungsposition auf dem Gebiet der Umwelttechnologien zu sichern.

Der Aktionsplan

Der Aktionsplan für innovative Umwelttechnologien enthält elf vorrangige Maßnahmen

für die Europäische Kommission, nationale und regionale Regierungen, die Industrie sowie andere Interessengruppen. Gemeinsam sollten sie zu einer Erleichterung bei der Entwicklung und Etablierung von Umwelttechnologien beitragen. Die Maßnahmen umfassen unter anderem:

- Die Schaffung von Technologieplattformen (für Wasserstoff- und Brennstoffzellen, Photovoltaik, Wasserversorgung und Sanitärtechnologien) um Wissenschaftler, Industrie, Finanzinstitutionen, Entscheidungsträger und andere relevante Beteiligte zusammenbringen. Ziel ist es, eine langfristige Vision für den Forschungsbedarf und künftige Marktchancen zu entwickeln.
- Die Formulierung und Vereinbarung ehrgeiziger Ziele für die Umweltsleistung der wichtigsten Produkte, Verfahren und Dienstleistungen, um eine angemessene Beurteilung durch Unternehmen und Verbraucher zu ermöglichen.

Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie im Internet unter:
<http://www.cordis.lu/itt/itt-de/04-3/prog01.htm>



Die EU will bis 2010 15 Prozent ihres Energiebedarfs durch Erneuerbare Energien decken. Die Industrie ist darauf vorbereitet: Europas größte Solarzellenfabrik wurde 1999 von der Shell Solar Deutschland in Gelsenkirchen in Betrieb genommen.



6. MODERNE INDUSTRIEPOLITIK: BEISPIEL SEKTORSPEZIFISCHE INITIATIVEN

6.1. Beispiel Schiffsbau – LeaderSHIP 2015

Der Markt für Bau und Reparatur von Handelsschiffen ist global. Der weltweite Wettbewerb und die Tatsache, dass sich WTO-Handelsregeln nicht immer auf diese Branche anwenden lassen, unterscheiden den Schiffbau deutlich von den meisten anderen Zweigen des produzierenden Gewerbes. Er ist damit praktisch der einzige große Industriezweig ohne wirksamen Schutz vor unlauteren Handelspraktiken. Während in

der EU staatliche Beihilfen strengen Regeln unterliegen, gibt es keine weltweit gültigen Regeln dieser Art. Staatlich geförderte strategische Investitionen in Asien, insbesondere in Form von Umstrukturierungsbeihilfen, haben zu Dumping und damit zu einem Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage in diesem Sektor geführt.

Mit der Initiative „LeaderSHIP 2015“ hat die europäische Schiffbauindustrie ein ehrgeiziges Programm gestartet, mit dem sie ihre Zukunft langfristig sichern will. Bis



Die EU will ihre Schiffbau- und Schiffsausrüstungsindustrie bis 2015 zum Weltmarktführer machen und durch die Initiative LeaderSHIP den asiatischen Dumpingaktionen begegnen.



2015 will die Schiffbau- und Schiffausrüstungsbranche der EU zum Weltmarktführer werden. Im Einzelnen lassen sich die Ziele des Programms wie folgt zusammenfassen:

- Sicherung bestehender Technologieführerschaft in ausgesuchten Marktsegmenten;
- Förderung und Schutz von Innovationen und Know-how;
- Stärkung der Ausrichtung auf die Kunden;
- Verbesserung der Struktur des Industriezweigs;
- Weiterentwicklung der forschungs- und wissensbasierten Produktion.

Im Jahr 2002 stellte die Schiffbauindustrie ihre Pläne der Europäischen Kommission vor. Diese gründete daraufhin eine hochrangige Beratungsgruppe mit dem Ziel, konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Schiffbauindustrie zu erarbeiten. Die Gruppe erarbeite Vorschläge und Maßnahmen zu folgenden Themen:

- Die Schaffung gleicher Bedingungen im internationalen Wettbewerb durch Anwendung der WTO-Regeln auf den Schiffsbausektor und die Entwicklung weiterer Instrumente durch die OECD.
- Die Verbesserung und Ausweitung der Investitionen in Forschung und Entwicklung.
- Strikte Anwendungen der Europäischen Richtlinien in Bezug auf die Umweltverträglichkeit von Schiffen, damit die europäische Schiffbauindustrie ihren bestehenden Wettbewerbsvorsprung in diesem Bereich besser nutzen kann.

■ FAZIT

Die im Rahmen der Initiative LeaderSHIP 2015 angewandten Methoden haben sich als effiziente Arbeitsweise erwiesen. Sie erlauben es, Maßnahmen zu identifizieren, die notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit eines wichtigen europäischen Industriezweigs, der Schiffbauindustrie, zu verbessern. Dabei konnte auf die Eigenheiten des Schiffbausektors angemessen eingegangen werden.

LeaderSHIP 2015 dient nach Einschätzung aller Beteiligten als gutes Beispiel für eine sektorspezifische Initiative der EU im Rahmen ihres horizontalen, verschiedene Ressorts und Politikbereiche übergreifenden Ansatzes. ■

6.2. Beispiel Automobilindustrie – CARS21

Im Herbst 2004 hatte die Europäische Kommission in ihrem „Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit“ eine eingehende Analyse der Situation der europäischen Autobauer vorgelegt. Die Automobilindustrie ist eine der Schlüsselindustrien der Europäischen Union: mehr als 2 Millionen Jobs hängen direkt oder indirekt von ihr ab. Jedes dritte Auto der Welt wird in Europa hergestellt. In Forschung und Entwicklung sind die europäischen Hersteller weltweit führend.

Diese Zahlen alleine zeigen, dass ohne eine wettbewerbsfähige Autoindustrie die Ziele der Lissabon-Strategie kaum zu erreichen sind. Dies bezieht sich sowohl auf die Bereiche Forschung und Entwicklung, als auch auf lebenslanges Lernen oder Nachhaltigkeit. Allerdings sieht sich diese Industrie vor erhebliche Herausforderungen gestellt:



Europas Automobilindustrie ist weltweit führend. Nur beim Absatz stockt es.

- Europa, der Heimatmarkt der europäischen Automobilindustrie, ist der am wenigsten profitable Markt weltweit. Er ist weitgehend gesättigt, und die Hersteller haben große Überkapazitäten. Anders als beispielsweise die japanische Automobilindustrie gehen die Europäer also nicht mit einem starken Heimatmarkt im Rücken in den internationalen Wettbewerb.
- Die Produktivität der europäischen Automobilindustrie ist geringer als die der Wettbewerber aus den USA und Japan.

Teile dieser Probleme sind hausgemacht. Daher ist die Frage berechtigt, ob die Strategien und das Management einiger Konzerne in der Vergangenheit wirklich marktorientiert waren. Aber auch die Europäische Union hat als Gesetzgeber zu der schwierigen Situation beigetragen. So wurde in der Vergangenheit zu wenig darauf geachtet, wie sich diverse Richtlinien und

Verordnungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie auswirken. Ein Beispiel: neue Sicherheitsanforderungen führen zum Einbau zusätzlicher Teile, die das Fahrzeuggewicht erhöhen. Dadurch steigt jedoch der Verbrauch und damit auch der CO₂-Ausstoß. Letzterer soll jedoch gemäß der europäischen Umweltgesetzgebung immer weiter reduziert werden. Der Mangel an einer klaren Prioritätensetzung kann also zu einer teilweise widersprüchlichen Gesetzgebung führen, was nicht nur die Planungssicherheit der Automobilindustrie entsprechend beeinträchtigt, sondern auch immer wieder aufs Neue Kräfte in den Entwicklungsabteilungen bindet.

Um solche Probleme in Zukunft zu vermeiden und die Planungssicherheit der Unternehmen in der Automobilbranche zu erhöhen, rief Industriekommissar Günter Verheugen im Januar 2005 die so genannte High-Level-Group „Cars 21“ ins Leben. Dieser Gruppe gehören die Vorstandsvorsitzenden der großen europäischen Fahrzeughersteller, die zuständigen Minister der Herstellerländer sowie wichtige Nichtregierungsorganisationen an. Ihre Aufgabe besteht insbesondere darin, eine integrierte Strategie für eine nachhaltige Entwicklung der Automobilindustrie auszuarbeiten. Dafür müssen die bestmöglichen Regulierungsansätze bestimmt werden. Außerdem gilt es, Bedingungen aufzuzeigen, die gewährleisten, dass sich die Innovationen der europäischen Automobilindustrie in Wettbewerbsvorteilen niederschlagen.

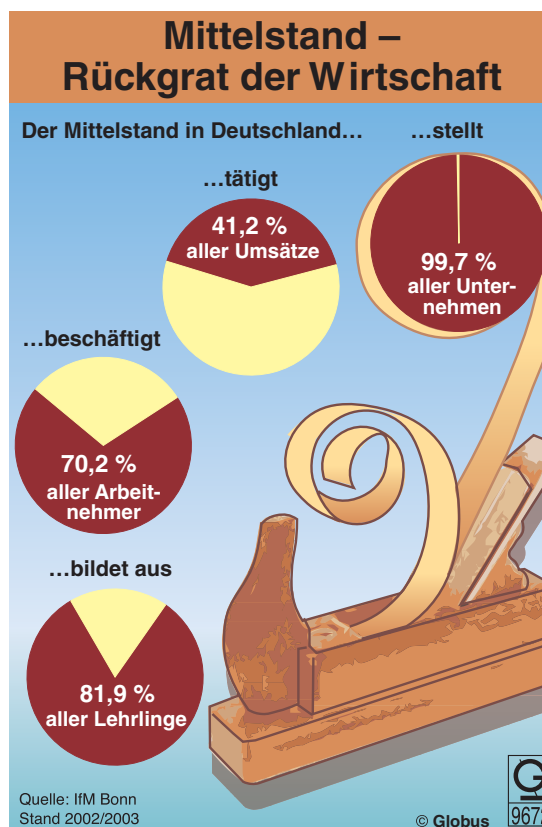
Auf dem Prüfstand stehen neben der derzeit geltenden Rechtsprechung auch die geplanten Richtlinien und Verordnungen. Die Teilnehmer einigten sich darauf, eine Road Map, also einen legislativen Fahrplan zu erstellen, der der Autoindustrie die nötige Planungssicherheit für die nächsten zehn Jahre geben soll.



7. EUROPA FÖRDMT DIE KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Ohne Geld geht nichts in der Wirtschaft. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Forschung und Entwicklung. Kleinen und mittleren Unternehmen geht hier schnell die Puste aus. Deshalb stellt die Europäische Union KMU aus ihren Mitgliedstaaten Fördermittel zur Verfügung. Dabei handelt es sich je nach Förderprogramm um Zuschüsse, Darlehen oder - im selteneren Fall - um Sicherheitsleistungen. Die Vergabe der Fördermittel erfolgt entweder direkt oder indirekt über die Mitgliedstaaten, die die Strukturfonds der EU verwalten.

Bei der direkten KMU-Förderung gibt es Programme in vier Bereichen: Umwelt, Energie, Verkehr sowie Forschung und Innovation. Im Rahmen der Programme stellt die EU kleinen und mittleren Unternehmen entsprechende Finanzmittel für Projekte zur Verfügung. Die indirekte KMU-Förderung hat das Ziel, das Kreditvolumen für kleine und mittlere Unternehmen in Europa zu erhöhen und Banken zu ermuntern, ihr Kreditpotenzial für KMU aufzustocken.



Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen und der europäischen Wirtschaft (siehe S. 37). In Deutschland stellt er über 70 Prozent aller Arbeitsplätze. Er bildet 82 Prozent der Lehrlinge aus. Auf den Mittelstand entfallen 40 Prozent aller Umsätze.

7.1. Direkte KMU-Förderung

Umwelt

■ Life III (2003-2006)

Das Programm Life III ist eines der wichtigsten umweltpolitischen Werkzeuge der EU. Sein Ziel ist die Entwicklung innovativer und integrierter Techniken und Methoden sowie die Vertiefung der Umweltpolitik der EU. Projektvorschläge können von allen in der EU gegründeten rechtlichen Einheiten eingereicht werden. Die Teilnahme von KMU ist dabei ausdrücklich erwünscht. Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie unter:

<http://europa.eu.int/comm/environment/life/life/index.htm>

Energie

■ Intelligente Energie für Europa (2000-2006)

Das Programm Intelligente Energie für Europa bietet Unterstützung für örtliche, regionale und nationale Initiativen in den Bereichen erneuerbare Energieträger, Energieeffizienz sowie energiespezifische Aspekte des Verkehrswesens. Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/energy/intelligent/index_en.html

Verkehr

■ Marco Polo (2003-2010)

Das Marco Polo Programm zielt auf eine



Verkehrsverlagerung von der Straße auf andere Verkehrsträger. Es unterstützt Aktionen in den Güterverkehrs- und Logistikmärkten sowie anderen relevanten Bereichen. Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie unter

http://europa.eu.int/comm/transport/marcopolo/index_en.htm

Forschung und Innovation

■ Das 6. Forschungsrahmenprogramm (2002-2006)

Über 15% des Gesamthaushalts des 6. Forschungsrahmenprogramms sind für KMU reserviert. Damit soll die Teilnahme von kleinen und mittleren Unternehmen im Forschungsbereich gefördert werden. Die Neuauflage des Programms für die Zeit nach 2006 ist bereits in Arbeit. Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/research/fp6/index_en.cfm

Wertvolle Hilfe bei der Suche nach Kontakten finden sich bei CORDIS, dem Forschungs- und Entwicklungsinformationsdienst der EU:

<http://fp6.cordis.lu/fp6/home.cfm>

■ EUREKA - ein Netzwerk für markt-orientierte Forschung und Entwicklung

EUREKA fördert die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen durch Kontaktvermittlung und den Aufbau von Innovationsnetzwerken. Weitere Informationen und Kontaktadressen für jedes Mitgliedsland finden Sie unter:

<http://www.eureka.de>

■ eTEN

Das eTEN-Programm unterstützt den Aufbau transeuropäisch ausgerichteter und über Telekommunikationsnetze laufender elektronischer Dienste. Sein Ziel ist die „Informationsgesellschaft für alle“. Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie unter:

http://europa.eu.int/information_society/activities/eten/index_en.htm

Für 2007 bis 2013 hat die Europäische Kommission ein Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP - Competitiveness and Innovation Programme) vorgeschlagen, das mit einem Budget von 4,213 Milliarden Euro ausgestattet sein soll. Als Förderschwerpunkte sind Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Umwelttechnologien sowie effizientere, erneuerbare Energiequellen vorgesehen. Das Programm wird nun zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat verhandelt. Weitere Informationen finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise_policy/cip/index_de.htm

7.2. Indirekte KMU-Förderung

Europäische Investitionsbank

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat die Aufgabe, zur ausgewogenen Entwicklung und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa beizutragen. So bietet die EIB über Finanzintermediäre beispielsweise so genannte Globaldarlehen an, die zur Erhöhung des zur Verfügung stehenden Finanzierungsvolumens und zur Senkung der Kreditzinsen beitragen. Ihre „Initiative 2000“ soll Investitionen unterstützen, die der Informationsgesellschaft, Forschung und Entwicklung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie dem Hu-



mankapital zugute kommen. Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie unter:

▶ <http://www.eib.org>

Europäischer Investitionsfonds

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) verfügt über zwei Instrumente zur Erhöhung von Globaldarlehen. Die Risikokapitalinstrumente umfassen Beteiligungen an Risikokapitalfonds, die besonders technologieorientierte KMU in der Frühphase unterstützen. Die Garantieinstrumente umfassen Kredite für Garantien von Banken an KMU. Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie unter:

▶ <http://www.eif.org>

7.3. Informationsquellen für KMU

Euro Info Centres

Das offizielle, paneuropäische Netzwerk der EU zur Beratung und Förderung von mittelständischen Unternehmen. Zu finden ist sie auf der Internetseite der EU unter:

▶ <http://www.eic.de/>

Datenbank „Beihilfen und Darlehen“

Die Datenbank „Beihilfen und Darlehen“ der Kommission bietet einen Überblick über alle EU-Förderprogramme und -instrumente. Zu finden ist sie auf der Internetseite der EU unter:

▶ http://www.europa.eu.int/grants/index_de.htm

„Datenbank für öffentliche Ausschreibungen“

Die EU verfügt darüber hinaus über eine

„Datenbank für öffentliche Ausschreibungen“, in der alle im Amtsblatt der EU veröffentlichten Ausschreibungen auch thematisch abgerufen werden können. Zu finden ist sie auf der Internetseite der EU unter:

<http://ted.publications.eu.int/official/> ▶

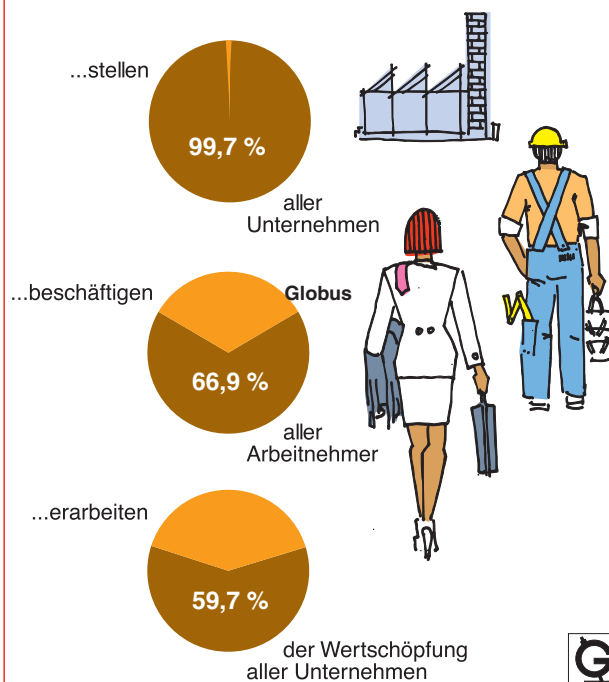
„Europa für Sie“

Die Internetseite „Europa für Sie“ bietet Informationen über die Rechte und Möglichkeiten von Unternehmen in der EU. Zu finden ist sie auf der Internetseite der EU unter:

<http://www.europa.eu.int/youreurope/nav/de/business/home.html> ▶

Europas Mittelstand

Kleine und mittlere Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft der EU



99 Prozent aller Unternehmen in der EU gehören zu den KMU und beschäftigen weniger als 250 Mitarbeiter. Zu Kleinunternehmen (weniger als zehn Beschäftigte) zählen 89 Prozent der EU-Unternehmen – vor allem in Südeuropa mit 28 Prozent aller Berufstätigen.

Stand: 2000

Quelle: Eurostat

©





8. WIR MÜSSEN DEN WANDEL GESTALTEN

Die Folgen der Globalisierung sind überall auf der Welt zu spüren. Der industrielle Wandel ist nur eines von vielen Problemen, die sich daraus ergeben. Aber die Globalisierung bietet auch Chancen und die gilt es zu nutzen.

Die Globalisierung trägt mit dazu bei, dass überall auf der Welt regionale Zusammenschlüsse entstehen. Die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA ist ein solches Beispiel; die Europäische Union ein anderes. Beide stützen sich heute auf die Überlegung, dass einzelne Staaten der Globalisierung nicht viel entgegenzusetzen haben. Nur gemeinsam, das heißt im Verbund mit anderen Ländern, lassen sich aktuelle und zukünftige Probleme bewältigen.

Bei den regionalen Zusammenschlüssen gibt es aber gravierende Unterschiede, wie ein Vergleich zwischen NAFTA und EU deutlich macht. Die NAFTA ist eine Freihandelszone, in der die Vereinigten Staaten von Amerika den Ton angeben. Sie beschränkt sich in erster Linie auf ökonomische Gesichtspunkte und die Lösung bilateraler Probleme mit Hilfe wirtschaftlicher Verflechtungen. Eine Handels- und eine Schiedskommission sind die einzigen gemeinsamen Institutionen. Dies hat zur Folge, dass nicht die Menschen, sondern Unternehmen und von ihnen formulierte wirtschaftliche Interessen im Mittelpunkt stehen.

Eine Bilanz zeigt: hiervon profitieren die reichen Länder und die wohlhabenden Gruppen der Gesellschaft, während die armen Staaten und die besonders benachteiligten Gruppen wie so oft das Nachsehen haben.

Ganz anders die Situation in der Europäischen Union: auch hier sind wirtschaftliche Überlegungen ein wichtiges Handlungs-

motiv, etwa bei der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes oder der Währungsunion. Gleichzeitig entwickelten die Europäer aber gemeinsame politische Institutionen, wie etwa das Europäische Parlament oder die Europäische Kommission, und koordinieren ihre nationalen Politiken in vielen Bereichen. Davon profitieren alle Mitgliedstaaten der EU. Damit befindet sich die Europäische Union in einer sehr guten Ausgangsposition, um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen.

Europa ist in der Lage auf den industriellen Wandel eben nicht nur zu reagieren, sondern ihn aktiv zu gestalten und zwar nicht nur in ökonomischer Hinsicht sondern auch mit Blick auf die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir Mut zur Politik und Mut zur Weichenstellung. Das ist der Kern sozialdemokratischer Europapolitik.

Die Europäische Union steht am Scheideweg: wollen wir ein neoliberales oder ein soziales Europa. Konservative und Liberale würden das europäische Projekt gerne auf einseitige wirtschaftliche Interessen begrenzen, ohne die Integration der Mitgliedsstaaten wirklich voranzubringen. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob dies zu mehr Wohlstand, Chancengleichheit und Sicherheit für alle Menschen in der EU führen würde. Gerade deshalb muss eine langfristige Industriepolitik in einer Strategie für eine bessere Gesellschaft mit mehr Wachstum, einer gesunden Umwelt und solidarischem sozialen Ausgleich eingebunden werden. Wir brauchen den Binnenmarkt und die gemeinsame Währung. Beide verlangen aber nach deutlich mehr politischer Gestaltung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie im Ansatz der Lissabon-Strategie vorgesehen ist.

Helmut Schmidt
Medien GmbH
Burg Sahr
Burgstraße 3
D - 53505 Kirchsahr

**Meine/unsere Anschrift hat sich geändert. Schicken Sie THEMA EUROPA
künftig an:**

Vorname:
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
e-mail:

Bitte schicken Sie THEMA EUROPA auch an folgende Adressen:

Vorname:
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
e-mail:

Vorname:
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
e-mail:

ZULETZT IN DIESER REIHE ERSCHIENEN:



Das 6. Forschungsrahmenprogramm Geschichte, Themen, Instrumente und Tipps

von Norbert Glante MdEP



Der Haushalt der EU Wo das Geld herkommt, wer es ausgibt und wofür

von Jutta Haug MdEP und Ralf Walter MdEP



Neue Europäische Wirtschaftspolitik Die Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung

von Udo Bullmann MdEP und Christa Randzio-Plath MdEP



Start in die erste Europäische Verfassung Europa: bürgernah, sozial und demokratisch

von Jo Leinen MdEP



Das soziale Europa soll es sein Für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit in Europa

von Karin Jöns MdEP und Barbara Weiler MdEP



Im Mittelpunkt der Mensch

von Bernhard Rapkay MdEP